

# Energiepolitik: Finger weg von den Preisen

*Hohe Energiesubventionen heizen Klima, Krieg und Staatsverschuldung an und verschleiern die Knappheit fossiler Rohstoffe. Lasst die Preise endlich die Wahrheit sagen.*

Ein Gastbeitrag von **Felix Ekardt**  
27. März 2023, 11:16 Uhr



Kohlebagger im Braunkohletagebau Welzow-Süd in der Niederlausitz © Florian Gaertner/Photothek/Getty Images

*Felix Ekardt ist Leiter der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik in Leipzig und Berlin sowie Professor an der Uni Rostock.*

Seit 2022 ist allenthalben zu hören, man müsse in Deutschland und Europa die Energiepreise senken oder wenigstens stabilisieren. Darüber herrscht praktisch Konsens bis hin zu den Grünen. Selbst einige Umweltverbände äußern sich in dieser Richtung. Praktisch umgesetzt wird dies in Form vielfältiger direkter und indirekter Subventionen auch für fossile Brennstoffe. Die Strom- und Gaspreisbremse, der Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket sind nur einige wenige Beispiele von vielen in Deutschland und Europa. Ebenso werden langjährig bestehende Subventionen wie die Entfernungspauschale oder Dienstwagen-Steuerbegünstigung weiter aufrechterhalten und in Politik und Öffentlichkeit bestenfalls vereinzelt kritisiert. All dies steht in einem merkwürdigen Kontrast zu einigen Dingen, über die seit Jahren und Jahrzehnten diskutiert wird.

Seit dem Bericht des Club of Rome zu den Grenzen des Wachstums 1972 ist ständig im Blick, dass es bei den fossilen Brennstoffen irgendwann zu Preisspiralen kommen wird – wegen deren Endlichkeit, wegen Nachfrageschwankungen, weil sie Kriege befeuern und wegen des steigenden Wohlstands im Globalen Süden. Deshalb wird auch unabhängig von der Klima- und Naturschädlichkeit jener Brennstoffe seit Langem Postfossilität als langfristiges Ziel propagiert, die durch die so steigenden Preise nach Meinung vieler sogar quasi von selbst eintreten wird. Die Preisspirale seit

2022 liegt im Großen und Ganzen auf der Linie jener Prognosen. Statt die Preise ihre natürliche Wirkung entfalten zu lassen, subventionieren EU und Deutschland die fossilen Brennstoffe durch die genannten Maßnahmen herunter und halten sie damit künstlich im Markt.

Es ist regierungsamtlich und wissenschaftlich diverse Male vorgerechnet worden, dass die gesamtwirtschaftlichen Folgekosten der fossilen Brennstoffe weit über den Kosten eines Ausstiegs aus diesen Brennstoffen liegen. Deshalb wird seit 50 und mehr Jahren die "Internalisierung der externen Kosten" gefordert – die Brennstoffpreise sollen die Wahrheit darüber sagen, dass die Fossilen bei uns allen massive Schäden anrichten in Form von Klimawandel, Naturzerstörung oder Atemwegserkrankungen. Die aktuellen Preisentwicklungen drücken die Knappheit und Schädlichkeit der Fossilen immer noch nur in Ansätzen aus, wenn man etwa an die drohenden umfassenden Folgeschäden des Klimawandels bis hin zu möglichen Klimakriegen um schwindendes Trinkwasser und Nahrung denkt. Aber zumindest tun sie es ein wenig besser als bislang. Kann es dann wirklich eine gute Idee sein, die Preise mit Abermilliarden von Steuergeldern künstlich niedrig zu halten?

### **Wer in einer bestimmten Weise lebt, muss für die Folgen geradestehen**

Dies gilt umso mehr, als seit Jahrzehnten in Deutschland und Europa ein Abbau umweltschädlicher Subventionen gefordert wird. Auch die Ampel hat sich dies vorgenommen. Konträr dazu werden aktuell alte fossile Subventionen wie die Entfernungspauschale oder die Steuerbefreiung für Flugbenzin nicht nur aufrechterhalten – es kommen mit Strom- oder Gaspreisbremse sogar neue fossile Subventionen hinzu. Kurioserweise fordern selbst die Klimaaktivisten der Letzten Generation mit einem 9-Euro-Ticket die dauerhafte Etablierung einer solchen neuen Subvention, wenn man berücksichtigt, dass dieses Ticket wohl kaum SUV-Fahrer in die Bahn bringt, dafür aber die Breitenmobilität von bisher weniger Mobilien absehbar erhöht. Es wird also gesellschaftlich dafür bezahlt, dass wir alle durch den Konsum fossiler Brennstoffe weiter anderen Menschen schaden dürfen.

Angemessene Brennstoffpreise und Subventionsabbau sind nicht nur ein ökologisches, ökonomisches und in gewisser Weise friedenspolitisches Anliegen. Liberale Demokratien beruhen außerdem auch auf einem Junktim von Freiheit und Folgenverantwortung: Wer in einer bestimmten Weise lebt und wirtschaftet, muss auch für die Folgen und Schäden geradestehen, die daraus für andere Menschen ausgelöst werden (Verursacherprinzip). Wann, wenn nicht jetzt, wäre die Gelegenheit, damit endlich ernst zu machen? Die jetzige Subventionspraxis suggeriert, wir wären alle hilflose Untertanen, die nicht für ihre alltäglichen Entscheidungen einstehen könnten und quasi gar nicht überblicken, dass sie andere Menschen durch ihr alltägliches Verhalten schädigen. Das erscheint auch jenseits ökologischer und ökonomischer Aspekte wenig überzeugend.

Auch aus Gründen sozialer Verteilungsgerechtigkeit muss die bisherige Subventionspraxis nicht aufrechterhalten werden. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt, und auch die EU als Ganzes ist ökonomisch weit überdurchschnittlich, global gesehen. Können wir uns nicht von den schädlichen Subventionen verabschieden, kann es auch sonst niemand. Einen echten Unterstützungsbedarf haben bei uns nur wenige – und die oben genannten Maßnahmen sind alle keine gezielten Hilfen für Ärmere, sondern begünstigen auch die Mittelschicht und oft sogar Reiche. Wenn, dann muss man gezielt Bedürftigen helfen und nicht mit der Gießkanne allen.

Deutschland oder die EU als Ganzes sollten auch nicht den Wettbewerb mit den USA oder China als Grund nehmen, die Energiepreise weiter herunterzsubventionieren. Es gibt andere, bessere Wege, einen solchen Schutz des Außenhandels zu erreichen. Subventionen können Umweltziele meist nur dann wirksam und zugleich ökonomisch effizient erfüllen, wenn sie eine weitgehend neue Technologie entwickeln helfen. Will man etwa den grünen Wasserstoff schneller in den Markt bringen und die diesbezügliche Forschung und den Markthochlauf fördern, ergeben Subventionen auf beiden Seiten des Atlantiks durchaus Sinn. Für bereits verfügbare, wenn auch noch wenig verbreitete Technologien ist es dagegen ökologisch wirksamer, für die öffentliche Hand kostengünstiger und erhält die allseitigen Vorteile eines offenen Wettbewerbs besser aufrecht, wenn man statt Subventionen auf die Kombination von Emissionshandelssystemen mit Ökozöllen an den EU-Außengrenzen setzt und dadurch gleiche Wettbewerbsbedingungen etwa für US- und EU-basierte Unternehmen sicherstellt. Stört man sich dagegen daran, dass die USA versuchen, bei staatlichen Beschaffungsmaßnahmen US-Produkte zu bevorzugen, kann man hiergegen gegebenenfalls vor den Gerichten der Welthandelsorganisation vorgehen.

Trotz alledem werden manche einwenden, das sei vielleicht alles richtig, aber durch den Ukraine-Krieg gebe es nun mal eine besondere Situation. Doch auch das stimmt gerade nicht – es passiert aktuell wie gesehen genau das, was lange prognostiziert worden ist. Und auch mit den Kriegsfolgen und mit der Eindämmung des (von fossilen Verkaufseinnahmen abhängigen) Aggressors kommt man weit besser zurecht, wenn man die Fossilen nicht durch Subventionen künstlich im Markt hält, sondern den Erneuerbare-Energien-Ausbau noch stärker beschleunigt als gerade geplant. Und vor allem, indem man radikal Energie einspart und begreift, dass Freiheit, Klima und Weltfrieden so am besten gedient ist – und der Versorgungssicherheit auch. Denn die sicherste Energieversorgung ist die, die mit Energie möglichst intelligent und nicht verschwenderisch umgeht. Ein dauerhafter Weg zur Versorgungssicherheit können fossile Energien, die es in Deutschland nur in geringen Mengen gibt, ohnehin nicht sein. Niemandem etwas zumuten zu wollen, löst demgegenüber keines der beschriebenen Probleme.

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-03/energiepolitik-subventionen-energiepreise-klimaschutz-staatsverschuldung>

## **Klimapolitik: Klimaschutz darf nicht an sturen Gleichheitsforderungen scheitern**

Es gibt kein Grundrecht auf Flüge und Fleisch für alle. Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Ein Gastbeitrag von **Felix Ekardt**

10. April 2021, 9:16 Uhr



Eine Kuhweide vor dem Braunkohlekraftwerk Niederaußem (2018) © Marius Becker/dpa

Unbegrenzt Fliegen, Fleischkonsum, Autofahren: Es gibt in liberal-demokratischen Verfassungsordnungen kein Grundrecht darauf, nicht lebenswichtige Konsumgüter in jeder gewünschten Menge zu haben. Das gilt schon unabhängig davon, dass ein Recht auf keinerlei Konsumeinschränkungen die Klimakatastrophe unausweichlich machen würde. Erst recht gibt es kein Grundrecht darauf, dass alle gleich viel von einem solchen Konsumgut haben.

Dagegen gibt es ein Grundrecht auf das Existenzminimum – und das ist durch den Klimawandel massiv bedroht. Nicht nur jetzt und hier in Deutschland, sondern vor allem zulasten künftiger Generationen und der Menschen im globalen Süden, die zur Erderwärmung pro Kopf viel weniger beigetragen haben als wir.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-04/klimaschutz-klimapolitik-soziale-gerechtigkeit-konsumvereinbarung>

## **Klimapolitik der Grünen und FDP: Da geht einiges zusammen**

Entgegen herrschender Klischees könnte die Fusion liberaler und grüner Elemente den Klimaschutz stärken. Besonders wenn beide dafür liberale Grundsätze ernst nehmen.

Ein Gastbeitrag von **Felix Ekardt**

1. Oktober 2021, 12:53 Uhr



Wie gut passen Grün und Gelb zusammen? © Henrik Sorensen/Getty Images

## **Inhalt**

1.

Der große Krach erscheint absehbar in der grün-liberalen Vernunftfehe, die sich im Zuge der Bildung einer neuen Bundesregierung anbahnt. Besonders beim Klimaschutz treffen scheinbar Welten aufeinander. Gegenseitige Blockade und inhaltlicher Stillstand werden die Folge sein, so lautet der herrschende Eindruck. Doch entgegen allen Klischees könnte die Fusion liberaler und grüner Elemente den Klimaschutz stärken statt schwächen. Besonders wenn die Partner dabei einige gemeinsame Grundideen und besonders liberale Grundsätze erst nehmen.

Beide Parteien fordern eine stärker wissenschaftsbasierte Politik. Fakten statt Ideologie. Beide bekennen sich zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens. Das Treibhausgasbudget für Deutschland, das naturwissenschaftlich mit diesem Ziel noch vereinbar wäre, geben die Grünen jedoch um das 2,5-Fache zu hoch an und die FDP geht tendenziell von noch höheren Zahlen aus. Will man 1,5 Grad mit 67 Prozent Wahrscheinlichkeit einhalten, verbleiben Deutschland etwa 1,87 Gigatonnen CO<sub>2</sub>. Hier können Grüne und FDP gemeinsam dazulernen – gesichtswahrend für beide.

## **Die große Klimalösung liegt nicht in Deutschland**

Beide Parteien pochen ferner auf Rechtsstaatlichkeit, besonders die FDP seit Jahrzehnten. Das Bundesverfassungsgericht hat in der von uns erstrittenen Klimaentscheidung deutlich gemacht: Die Pariser 1,5-Grad-Grenze ist die rechtsverbindliche Vorgabe der Klimapolitik. Will man das zuverlässig erreichen und einige sehr optimistische Annahmen des IPCC nicht machen, legt die 1,5-Grad-Grenze allerdings Nullemissionen mehr oder minder deutlich vor 2035 nahe. Wiederum könnten hier beide Parteien dazulernen, indem sie ihre Grundsätze ernst nehmen – die Grünen reden bislang von 2040, die FDP legt sich nicht fest.

**FELIX EKARDT**

ist Leiter der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik in Leipzig und Berlin sowie Professor an der Uni Rostock. Von ihm erschienen 2017 *Wir können uns ändern: Gesellschaftlicher Wandel jenseits von Kapitalismuskritik und Revolution* und *Kurzschluss: Wie einfache Wahrheiten die Demokratie untergraben*.

Ein weiterer Punkt für die FDP, an den sich an der grünen Basis vielleicht mancher noch gewöhnen muss: Das Bundesverfassungsgericht mahnt mehr Klimaschutz nicht als linke Gleichheitsvision an, sondern mit dem Ziel, die Freiheit aller Generationen zu wahren. Damit können auch hartgesottene Liberale prima leben.

FDP und Grüne können es sich ferner schenken, sich mit ihren konträren Vorstellungen zur nationalen Klimapolitik zu verkämpfen, wenn sie den zentralen Punkt der FDP ernst nehmen: Die große Klimalösung liegt nicht in Deutschland, sondern primär auf EU-Ebene, sonst drohen sich Emissionen schlicht in andere Staaten zu verlagern. Ein primär nationaler Klimaschutz wäre außerdem absehbar unambitioniert – zu groß wäre sonst die Angst vor Wettbewerbsnachteilen für die Wirtschaft. Das Gute daran: Die Chance für EU-Lösungen war nie größer als im Moment. Denn die EU-Kommission hat im Juli Vorschläge für eine ambitioniertere Klimapolitik vorgelegt. Die Kernfrage künftiger Klimapolitik – von allen Parteien im Wahlkampf ignoriert – lautet daher, ob die künftige (auch) gelb-grüne Bundesregierung die EU-Vorschläge verwässern oder verbessern möchte.

Besonders gut daran: Genau auf EU-Ebene könnte man den von den Grünen gewünschten schnelleren Kohleausstieg erreichen. Und zwar ohne Entschädigung, wie sie das Bundesverfassungsgericht im Falle einer deutschen Ausstiegsbeschleunigung wohl verlangen würde. Der zentrale Plan der EU-Kommission ist nämlich ein Emissionshandel mit strengeren Reduktionszielen, der außerdem endlich die fossilen Brennstoffe in allen Sektoren umfassen soll, auch Gebäude und Verkehr. Zieht man das durch, verschwindet die Kohle um 2030 aus dem Markt.

Die EU-Vorschläge gehen bisher aber nicht weit genug, um das rechtlich gebotene und von beiden Parteien bejahte Paris-Ziel zu erreichen. Würden FDP und Grüne – fest zum rechtlich bindenden Paris-Abkommen stehend – auf Nullemissionen bis spätestens 2035 drängen, wäre die bereits heute fast unwirtschaftliche Kohle schon vor 2030 aus dem Markt verschwunden. Zu einem liberalen Freiheitsverständnis gehört allerdings auch, dass man Marktwirtschaft ernst nimmt. Daher sollten beide Parteien darauf hinarbeiten, bei der Reform des EU-Emissionshandels sämtliche Altzertifikate zu streichen, die von den Staaten grundlos an die Unternehmen verschenkt wurden und die bis heute den Preis der Emissionszertifikate verwässern.

Ebenfalls wichtig wäre die Schließung aller Schlupflöcher, also ein Verbot, sich Pseudo-Klimaschutzmaßnahmen anrechnen lassen zu können. Und auch die Nutztierhaltung muss aus Klimaschutzgründen stark reduziert werden. Dafür könnten beide Parteien auf EU-Ebene einen zweiten Emissionshandel für tierische Produkte vorschlagen.

Setzt man auf den Emissionshandel, führt das genau zu der von FDP und Grünen gleichermaßen propagierten Innovationswelle – und zur von der FDP angemahnten Technologieneutralität. Ob Wind oder Sonne die bessere Energiequelle ist, entscheidet dann der Markt. Der Markt wird aber wohl auch für die FDP überraschende Ergebnisse produzieren. Den von ihr geschätzten grünen Wasserstoff wird der Markt wohl aus Kostengründen auf bestimmte Verwendungen in Industrie und Luftverkehr fokussieren – in

der Breite von Alltagsverkehr und Gebäudewärme gibt es dagegen günstigere Lösungen wie die Elektromobilität. Gut fürs Klima wäre auch, wenn beide Parteien wie angekündigt konsequent Subventionen abbauen – nämlich konkret die ganzen umweltschädlichen, etwa im Energie-, Verkehrs- und Agrarsektor. Subventionen abzubauen, schafft zugleich finanzielle Spielräume, ohne ideologisch über Steuererhöhungen streiten zu müssen.

## **Beide wollen die EU-Ökozölle mittragen**

Grüne und FDP gleichermaßen haben ferner verstanden: EU-Klimaschutz allein reicht nicht, eines Tages benötigt man globale Lösungen. Folgerichtig haben beide angekündigt, den EU-Kommissionsvorschlag für Ökozölle mitzutragen, um die gerade von der FDP stets angemahnte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu schützen. Die EU-Kommission hat verstanden, dass man beim Klimaschutz mit möglichst vielen anderen Staaten in einer Art globalem Klimaclub vorangehen muss und gegenüber Staaten, die sich querstellen, eben Klimazölle braucht. Sonst verlagert man die Emissionen teils einfach dorthin – das wäre ökologisch und ökonomisch fatal.

Mit Ökozöllen schafft man außerdem Anreize, dass der Klimaclub schrittweise immer größer wird. Spätestens damit ist auch klar: Klimaschutz ist nicht etwa riskant für die Unternehmen, sondern betriebswirtschaftlich machbar und volkswirtschaftlich sogar zwingend nötig. Denn geht man beim Klimaschutz langsam vor, wird das für uns alle viel teurer.

Einig sind sich Grüne und Liberale zuletzt darüber, dass Klimaschutz gegenüber künftigen Generationen, aber auch gegenüber Ärmeren heute gerecht sein muss. Genau das kann unter dem Dach eines Emissionshandels ebenfalls gelingen. Wenn ein Emissionshandel die Klimagase gesamtgesellschaftlich strikt begrenzt, kann man sozialen Ausgleich betreiben, ohne damit die Emissionen wieder zu erhöhen. Die EU-Kommission macht deshalb den richtigen Vorschlag: einen europäischen Sozialfonds als Ergänzung zum Emissionshandel aufzulegen.

Da beide Parteien europäisch denken wollen, müsste der Ausgleich aber primär Menschen in ärmeren EU-Ländern zugutekommen, die den fossilen Ausstieg im Leben nicht schnell genug vollziehen können. Und den Ländern des globalen Südens weit stärker als bislang beim grünen Wandel helfen. Beim letzten Punkt könnten wiederum beide Parteien gemeinsam dazulernen.

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2021-09/klimapolitik-gruene-fdp-klimaschutz-liberalismus-sondierung-bundestagswahl>

## **Klimaschutz und Ukraine: Wir sind zu Einschnitten bereit – das muss Putin wissen**

Wer Putins Krieg beenden will, muss jetzt postfossil werden. Die Pläne der Bundesregierung und der EU gehen nicht weit genug. Europa braucht jetzt neue Prioritäten.

## Ein Gastbeitrag von Felix Ekardt

7. März 2022, 11:05 Uhr



Das Bovanenkovo-Gasfeld auf der russischen Jamal-Halbinsel © Aleander Nemenov/AFP/Getty Images

Wladimir Putins Krieg bedroht die liberale Demokratie in ihren Grundfesten. Er zeigt aber auch fatale Schwächen der europäischen Energie- und Klimapolitik. Es ist seit vielen Jahren bemerkenswert, wie fatal losgelöst von geopolitischen Entwicklungen die Klimadebatte läuft, obwohl das Zusammendenken von Klima und anderen Themen wie Sicherheit extrem vorteilhaft sein könnte – auch wenn die meisten Akteure sich dann von liebgewonnenen Gewissheiten verabschieden müssten.

Jetzt reden plötzlich alle darüber, was längst bekannt ist: Unser Erdöl stammt zu rund einem Drittel aus Russland, unsere Steinkohle und unser Erdgas gar zur Hälfte. Und fast zwei Drittel der Exporte Russlands, meist von Staatsunternehmen, sind fossile Brennstoffe. Will man Putins Krieg und mögliche weitere Kriege in Osteuropa beenden oder verhindern, muss man nicht in 20 oder mehr Jahren postfossil werden, sondern kurzfristig. Nur so kann man Putins Finanzquellen zeitnah austrocknen. Rasche Postfossilität ist ohnehin nötig, um das rechtsverbindliche 1,5-Grad-Ziel aus dem Pariser Klimaabkommen einzuhalten, das zeitnah null fossile Brennstoffe nahelegt. Das gilt nicht nur für Strom und Wärme. Wir müssen endlich auch über Mobilität, Mineraldünger, Zement und Kunststoffe reden, die ebenfalls bislang noch weitestgehend auf fossilen Rohstoffen basieren.

In diesen Tagen präsentiert die deutsche Bundesregierung einige energiepolitische Reformvorschläge, doch sie reichen nicht im Entferntesten. Dabei wären angesichts der aktuellen notstandsähnlichen Lage auch radikale Maßnahmen rechtlich machbar. Ein zeitnaher vollständiger oder zumindest weitgehender Importstopp für fossile Rohstoffe aus Russland wäre etwa mit dem Welthandelsrecht vereinbar. Denn die Maßnahme wäre, wenn auch noch einschneidender als bisherige Sanktionen, eine Reaktion auf die Verletzung des völkerrechtlichen Gewaltverbots – das die zentrale Norm des Völkerrechts darstellt.

Der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung setzt auf Erdgas, obwohl die Gefährdung durch Putin schon Ende 2021 weitgehend bekannt war. Just am Tag des russischen Angriffs verabschiedete die Ampel gar ein Energieentlastungspaket, welches die Energiepreise niedrig hält und damit eine preisgerechte Verringerung des Energieverbrauchs ausbremst. Außerdem will die Bundesregierung Gaslieferungen aus anderen Ländern steigern. Damit schafft man Nachfrage und hält die Preise für fossile Brennstoffe am Weltmarkt hoch, wie man aktuellen Preissteigerungen sehen kann. Das nützt genau einem Akteur: Putin. Selbst direkt aus Russland wollen EU und Bundesregierung weiter fossile Brennstoffe importieren.

## **Weitere Putinsche Eroberungskriege sind mehr als nur denkbar**

Robert Habeck hat unrecht, wenn er diese fatal unambitionierten Pläne so rechtfertigt, dass Preisstabilität und Versorgungssicherheit im Notfall vor Klimaschutz gehen. Damit verlieren wir am Ende sowohl unsere Sicherheit als auch ein stabiles Klima – ohne beides kann es unser freiheitliches Leben jedoch nicht länger geben. Denn weitere Putinsche Eroberungskriege sind mehr als nur denkbar, solange er genug Geld hat. Zeitweilige ökonomische Einbußen und kühle Wohnungen sind dann vielleicht doch die zwar unangenehme, aber weit eher erträgliche Alternative, zumal die erneuerbaren Energien weit schneller ausgebaut werden können als bislang.

Damit das aber gelingt, müssen die Vorschläge der EU-Kommission für mehr Klimaschutz vom Juli 2021, das *Fit for 55*-Paket, nun überarbeitet und deutlich radikalisiert werden. Der zentrale Plan der EU-Kommission ist ein doppelter Emissionshandel mit insgesamt strengeren Klimazielen, der endlich die fossilen Brennstoffe auch im Bereich Wohnen und Landwirtschaft bepreist und schrittweise auf null reduziert und zugleich außereuropäische Staaten durch ergänzende Maßnahmen mitnehmen soll. Null Fossile wären spätestens 2030 anzupeilen – und nicht erst 15 bis 20 Jahre später, wie es die EU bislang will. Alle alten Emissionszertifikate, die Staaten vor Jahren an die Unternehmen verschenkt haben und welche die Wirkung des Emissionshandels bis heute behindern, müsste man außerdem radikal streichen. So wäre im Gegenzug der Weg frei für die erneuerbaren Energien. Einige planungsrechtliche Ausbauhindernisse etwa für die Windenergie müssten ergänzend beseitigt werden – dafür macht die Bundesregierung gerade bereits gute Vorschläge.

Nötig wäre außerdem ein EU-Politikinstrument, um die Nutztierhaltung schrittweise in wenigen Jahren um drei Viertel zu reduzieren. Auch das ist fürs 1,5-Grad-Klimaziel wie auch für die Unabhängigkeit von Russland nötig. Denn vereinfacht gesagt: Eine tierische Kalorie frisst im Schnitt sieben pflanzliche Kalorien. Und die EU und andere Länder sind bislang massiv von russischen und ukrainischen Getreideimporten abhängig, auch als Tierfutter – und die russischen fossilen Brennstoffe machen wir zu Mineraldünger. Essen wir deutlich pflanzlicher, lösen wir diese Abhängigkeiten und sorgen zugleich für Ernährungssicherheit. Genau verkehrt ist daher der Vorschlag des Bauernverbands, wegen des Krieges die Agrarwende zu stoppen.

## **Eine Laufzeitverlängerung bringt nichts**

Eine Laufzeitverlängerung oder gar ein Ausbau der Atomenergie löst dagegen das Energieproblem der EU nicht. Kraftwerksneubauten dauern zu lange, und die Risiken der Atomkraftwerke – etwa im Falle von Terroranschlägen – sind weiterhin ungelöst. 20 Prozent der Uranimporte in die EU kommen außerdem erneut aus Russland, 40

Prozent von dessen Vasallenstaat Kasachstan. Die Atomforschung werden wir allerdings wohl stärker erhalten müssen, als es sich die Umweltbewegung wünscht. Auf Emmanuel Macrons wiederholten Hinweis, dass die EU ohne gemeinsame Atomwaffen auf Dauer ein russisches Protektorat werden könnte, hat die deutsche Politik bis heute nicht geantwortet. Wird Donald Trump 2024 erneut US-Präsident, könnte der atomare US-Schutzschirm Europas brüchig werden. Deutschlands konventionelle Bundeswehr wird die größte Atommacht der Welt kaum auf Dauer abschrecken können.

Eine mutige Politik gegenüber Russland ist nur möglich, wenn wir alle in Europa signalisieren, dass wir teils vorübergehende, teils langfristige Einschnitte hinzunehmen bereit sind. Reden wir endlich ehrlich darüber: Sind uns 22 statt 19 Grad in der Wohnung heute so wichtig, dass wir dafür auf Dauer unsere Freiheit aufgeben – und nebenbei noch die Klimakatastrophe in Kauf nehmen? Wir können uns politisch engagieren und täglich Konsumententscheidungen treffen. Heizung runterdrehen, Autos stehen lassen, Flüge bleiben lassen, auf Kunststoffe verzichten. Freiheit, Sicherheit und Klimaschutz gibt es nur mit radikaler Postfossilität.

Quelle: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-03/klimaschutz-ukraine-russland-krieg-freiheit-fossile-energie/komplettansicht>